

---

# **LVBS – aktuell**

4. Jahrgang – November/Dezember 2008

---

**Aus dem Inhalt:**

	Seite
○ Bildungsbericht 2008	2
○ Sachsen hat das beste Bildungssystem!	5
○ ÖPR - Stammtischreport Nr. 7	6
○ Modellversuch an berufsbildenden Schulen erfolgreich beendet	8
○ Zum Jahreswechsel	9
○ Tarifverhandlungen im Jahr 2009	11
○ Fachgruppe Lehrerbildung	12
○ Fachgruppe kaufmännische Berufe	14

**Herausgeber:**

**Lehrerverband Berufliche Schulen Sachsen**  
Strehleener Platz 2 - 01219 Dresden

# BILDUNGSBERICHT 2008

## Schüler an berufsbildenden Schulen

Nach Verlassen der allgemeinbildenden Schule bieten die berufsbildenden Schulen den Schülern verschiedene Perspektiven, entsprechend ihren Zielen und Leistungsvoraussetzungen studien- oder berufsqualifizierende Abschlüsse zu erwerben.

In Abhängigkeit von der Vorbildung und dem angestrebten Berufsabschluss besteht die Möglichkeit, eine der berufsbildenden Schularten zu besuchen. Schüler mit einer allgemeinen Hochschulreife haben die Wahl zwischen einer berufsbildenden Schulart und der Aufnahme eines Studiums an einer Hochschule oder Universität.

Die nachfolgenden Ausführungen geben einen Überblick über die Verteilung der Schüler auf die berufsbildenden Schularten einschließlich ihrer entsprechenden berufsbildenden Förderschulen.

Im **Schuljahr 2007/2008** lernten 160 524 Schüler, davon 2457 Schüler mit Migrationshintergrund, in einer studien- oder berufsqualifizierenden Ausbildung. Das waren 31,7 % mehr Schüler als im Schuljahr 1992/1993 (121 881 Schüler) **Tab. A8**.

### Zeitliche Entwicklung

Betrachtet man die Schülerzahlen im Verlauf der Schuljahre 1992/1993 bis 2007/2008 **Tab. A7, A8**, so sind Schwankungen der Schülerzahlen in allen berufsbildenden Schularten zu erkennen.

An Berufsfachschulen und Fachoberschulen stiegen die Schülerzahlen fast kontinuierlich, wogegen an der Berufsschule seit 1998/1999 die Schülerzahl sank.

### Schüler an öffentlichen Schulen und Schulen in freier Trägerschaft

Differenziert fällt die Verteilung der Schüler auf die einzelnen Schularten aus, wenn diese nach der Trägerschaft der Schulen betrachtet werden. An den öffentlichen Berufsschulen lernten im **Schuljahr 2007/2008** mehr als drei Viertel (76,3 %) aller Schüler der öffentlichen berufsbildenden Schulen.

Tab. A7 Anzahl der Schüler an öffentlichen berufsbildenden Schulen und berufsbildenden Schulen in freier Trägerschaft in den Schuljahren 2003/2004 bis: 2007/2008 nach Schulart

	2003/2004	2004/2005	2005/2006	2006/2007	2007/2008
Berufsschule (einschließlich Berufsausbildungsvorbereitung)	106 794	104 920	103 653	101 592	97 965
darunter öffentlich	99 027	96 625	95 591	94 105	91 278
darunter frei	7 767	8 295	8 062	7 487	6 687
Berufsfachschule	36 062	40 027	42 400	40 778	37 996
darunter öffentlich	12 841	12 521	12 314	11 383	10 547
darunter frei	23 221	27 506	30 086	29 395	27 449
Fachschule	9 364	7 924	7 095	7 190	7 852
darunter öffentlich	3 749	3 540	3 477	3 452	3 488
darunter frei	5 615	4 384	3 618	3 738	4 364
Fachoberschule	7 678	7 571	7 779	7 946	7 804
darunter öffentlich	6 684	6 371	6 216	6 034	5 667
darunter frei	994	1 200	1 563	1 912	2 137
Berufliches Gymnasium	9 468	9 248	9 168	9 150	8 907
darunter öffentlich	9 417	9 173	9 068	9 000	8 692
darunter frei	51	75	100	150	215
insgesamt	169 366	169 690	170 095	166 656	160 524
darunter öffentlich	131 718	128 230	126 666	123 974	119 672
darunter frei	37 648	41 460	43 429	42 682	40 852

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen

Wesentlich geringere Anteile verzeichneten die öffentlichen Berufsfachschulen (8,8 %) und die öffentlichen Beruflichen Gymnasien mit 7,3 % der Schüler.

Schulen in freier Trägerschaft hatten den höchsten Schüleranteil an den Berufsfachschulen, an denen 67,2 % aller Schüler berufsbildender Schulen in freier Trägerschaft lernten. Berufsschulen in freier Trägerschaft (16,4 %) und Fachschulen in freier Trägerschaft (10,7 %) verzeichneten dagegen wesentlich geringere Anteile an der Schülerschaft der berufsbildenden Schulen in freier Trägerschaft.

In den berufsbildenden Schulen war der Anteil an **Schülern mit Migrationshintergrund** im Schuljahr 2007/2008, ebenso wie in den vorangegangenen Schuljahren seit 2003/2004, mit 1,5 % sehr gering.

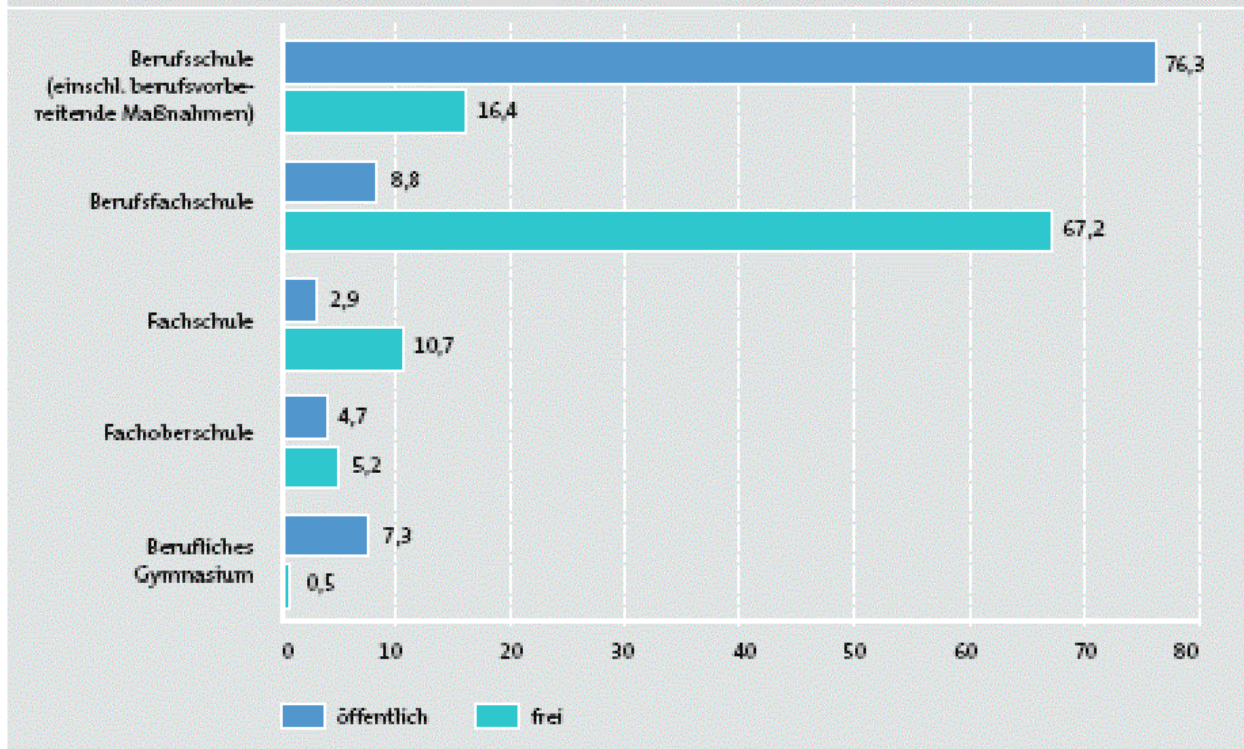
Tab. A8 Anzahl und Anteil der Schüler an öffentlichen berufsbildenden Schulen und berufsbildenden Schulen in freier Trägerschaft in den Schuljahren 1992/1993 bis 2007/2008 nach Schulart

Schuljahr	Berufsschule (einschl. Berufsausbildungsvorbereitung) <sup>2)</sup>	Berufliches Gymnasium	Berufsfachschule	Fachoberschule	Fachschule	Insgesamt
1992/1993	97 279	5 658	7 932	922	10 090	121 881
	79,8%	4,6%	6,5%	0,8%	8,3%	100,0%
1993/1994	100 375	6 267	12 818	2 574	7 648	129 682
	77,4%	4,8%	9,9%	2,0%	5,9%	100,0%
1994/1995	104 922	7 297	16 568	3 850	5 201	137 838
	76,1%	5,3%	12,0%	2,8%	3,8%	100,0%
1995/1996	111 747	6 724	17 882	4 498	6 252	147 103
	76,0%	4,6%	12,2%	3,1%	4,3%	100,0%
1996/1997	118 969	6 831	20 966	4 804	7 077	158 647
	75,0%	4,3%	13,2%	3,0%	4,5%	100,0%
1997/1998	123 373	6 361	23 447	5 145	7 619	165 945
	74,3%	3,8%	14,1%	3,1%	4,6%	100,0%
1998/1999	123 533	6 302	25 781	5 245	7 341	168 202
	73,4%	3,7%	15,3%	3,1%	4,4%	100,0%
1999/2000	122 887	6 243	26 527	5 487	7 300	168 444
	73,0%	3,7%	15,7%	3,3%	4,3%	100,0%
2000/2001	118 980	7 135	28 892	6 064	7 215	168 286
	70,7%	4,2%	17,2%	3,6%	4,3%	100,0%
2001/2002	114 689	8 054	30 936	6 488	7 823	167 990
	68,3%	4,8%	18,4%	3,9%	4,7%	100,0%
2002/2003	109 880	9 066	33 005	7 136	8 836	167 923
	65,4%	5,4%	19,7%	4,2%	5,3%	100,0%
2003/2004	106 794	9 468	36 062	7 678	9 364	169 366
	63,1%	5,6%	21,3%	4,5%	5,5%	100,0%
2004/2005	104 920	9 248	40 027	7 571	7 924	169 690
	61,8%	5,4%	23,6%	4,5%	4,7%	100,0%
2005/2006	103 653	9 168	42 400	7 779	7 095	170 095
	60,9%	5,4%	24,9%	4,6%	4,2%	100,0%
2006/2007	101 592	9 150	40 778	7 946	7 190	166 656
	61,0%	5,5%	24,5%	4,8%	4,3%	100,0%
2007/2008	97 965	8 907	37 996	7 804	7 852	160 524
	61,0%	5,5%	23,7%	4,9%	4,9%	100,0%

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen, eigene Berechnungen

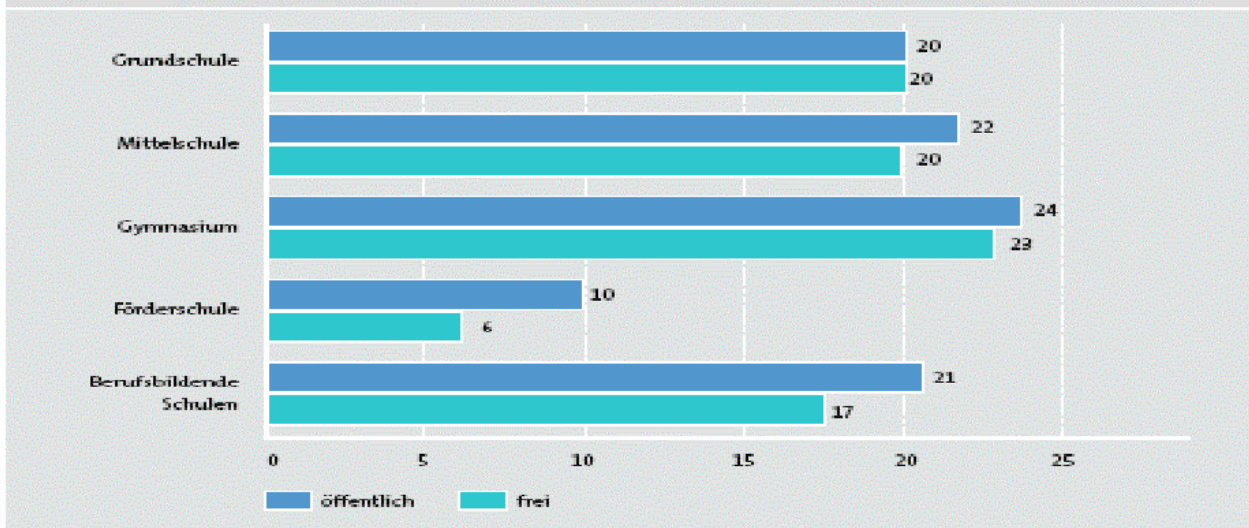
## Schülerzahlen nach Schularten und Klassenstärken

Abb. A.22 Verteilung der Schüler an öffentlichen berufsbildenden Schulen und an berufsbildenden Schulen in freier Trägerschaft im Schuljahr 2007/2008 nach Schulart (in Prozent)



Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen, eigene Berechnungen

Abb. A.24 Durchschnittliche Schülerzahl pro Klasse an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen im Schuljahr 2007/2008 nach Trägerschaft und Schulart



Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen, eigene Berechnungen

## Lehrkräfte an öffentlichen Schulen und Schulen in freier Trägerschaft

Unterscheidet man die Verteilung der Lehrkräfte nach Trägerschaft der Schulen, so waren im Schuljahr 2007/2008 insgesamt 3 572 Lehrer an den Schulen in freier Trägerschaft beschäftigt, was einem Anteil von 9,4 % entspricht. Im Schuljahr 2003/2004 waren es 6,7 %. Die höchsten Anteile verzeichneten die berufsbildenden Schulen in freier Trägerschaft mit 27,1 %. An den allgemeinbildenden Schulen war der Anteil geringer. Dies entspricht den jeweiligen Anteilen der Schulen in freier Trägerschaft.

Bezogen auf die **Trägerschaft** der berufsbildenden Schulen, stieg im Zeitraum 2003/2004 bis 2007/2008 die Anzahl der Lehrkräfte an den berufsbildenden Schulen in freier Trägerschaft und nahm an den öffentlichen berufsbildenden Schulen ab.

Tab. A10 Anzahl und Anteil der Lehrkräfte an berufsbildenden Schulen in den Schuljahren 2003/2004 bis 2007/2008 nach Trägerschaft

	2003/2004	2004/2005	2005/2006	2006/2007	2007/2008
Lehrkräfte an berufsbildenden Schulen Gesamt	7184	7266	7395	7389	7263
darunter öffentlich	5429	5377	5412	5390	5296
	75,6%	74,0%	73,2%	72,9%	72,9%
darunter frei	1755	1889	1983	1999	1967
	24,4%	26,0%	26,8%	27,1%	27,1%

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen

(Quelle: Bildungsbericht 2008)

## Sachsen hat das beste Bildungssystem!

... so titelt die „Zeit Online“ in einem Beitrag vom 27.08.2008<sup>1</sup>. Die „Zeit“ bezieht sich dabei auf den in diesen Tagen erschienenen Bildungsmonitor 2008.

Sachsen hat also gewonnen – vor Baden-Württemberg, Thüringen und Bayern - ein Grund zum Feiern?

Was man zur Bewertung der Studie wissen sollte:

Der „Bildungsmonitor 2008: Der Leistungscheck der Bundesländer“<sup>2</sup> wird von der INSM, der „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ seit 2004 beim Institut der deutschen Wirtschaft (IW Köln) in Auftrag gegeben.

Das IW Köln sieht sich u. a. als Dienstleister für die Wirtschaft und schreibt in seiner Selbstdarstellung „...Wir vertreten eine klare marktwirtschaftliche Position...“<sup>3</sup>

Also Bildung und Marktwirtschaft - aber leben wir nicht in einer Sozialen Marktwirtschaft?

Die „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ ist eine Gründung der Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektroindustrie und wird von anderen Wirtschaftsverbänden wie dem Bundesverband der deutschen Industrie (BDI) getragen. Ihr steht ein Etat von jährlich etwa 8,8 Mio. Euro allein vom Arbeitgeberverband Gesamtmetall zur Verfügung. Sie kann also durchaus als Lobbygesellschaft der großen Wirtschaftsverbände gesehen werden.

Das Geld wird dabei geschickt verwendet wie z. B. zum Sponsoring bekannter Zeitungen und Zeitschriften bei Veröffentlichung von Artikeln und Berichten oder der Organisation von Großveranstaltungen mit namhaften Vertretern aus Politik und Wirtschaft.

Geschäftsführer der INSM Dieter Rath: „...wenden wir uns an Multiplikatoren, also Journalisten, Wissenschaftler, Prominente, Lehrer und Priester. Wenn wir sie überzeugen, kann daraus ein Triple-Down-Effekt werden, der nach und nach auch weite Teile der Bevölkerung erreicht...“

In der Bildungspolitik geht es der INSM um mehr Wettbewerb, mehr Effizienz und mehr Tempo.<sup>4</sup>

Der Politikprofessor der Heidelberger Universität Manfred Schmidt, der über Demokratietheorie und Sozialpolitik forscht, bezeichnet die INSM als „...die erfolgreichste Lobby, die die Wirtschaftsliberalen in Deutschland je hatten...“.

Die „Zeit-Online“ schreibt 2005:

„... Die Initiative arbeitet im Innersten der deutschen Medienrepublik, dort, wo die Nachrichten des nächsten Tages entstehen, dort, wo die veröffentlichte Meinung gemacht wird. Sie setzt alles daran, Stimmungen zu verstärken oder zu drehen und medialen Druck zu erzeugen. Wer die Arbeit der Initiative kennt, versteht den fortschreitenden Wandel in der öffentlichen, politischen Kultur, denn ihre Macher glauben fest daran: Wer am Ende die Herrschaft in einer Debatte erringt, dem winkt der höchste Preis – eine Politik nach seinem Gusto...“<sup>5</sup>

Sachsen hat also gewonnen. Ein Grund zum Feiern?

Oliver Bergner

<sup>1</sup> <http://www.zeit.de/online/2008/35/bildungsmonitor-sachsen>

<sup>2</sup> <http://www.insm-bildungsmonitor.de>

<sup>3</sup> <http://www.iwkoeln.de>

<sup>4</sup> <http://www.wikipedia.de>

<sup>5</sup> Götz Hamann, <http://www.zeit.de/2005/19/inism>

---

## ÖPR - Stammtischreport Nr. 7

---

Auch in diesem Semester fanden sich die ÖPR-Vorsitzenden des Bereiches Dresden der SBA wieder an ihrem Stammtisch ein.

Diesmal war dem Erfahrungsaustausch ein kleinerer Zeitanteil vorbehalten.



Als Gast war **Herr Hüchelheim**, Leiter der Abteilung 1 im SMK eingeladen, so dass es primäres Ziel der Veranstaltung war, Antworten auf dringende Fragen der Lehrer unserer beruflichen Schulen zu erhalten.

In der Vorbereitung hatte Herr Hüchelheim von unseren ÖPR-Vorsitzenden einen Fragenkatalog erhalten.

Nach einer Darstellung der aktuellen personellen Situation wurde teilweise recht kontrovers die Entwicklung der Schüler- und Lehrerzahlen im beruflichen Bereich erörtert. Einige Eckpunkte daraus:

- Künftig wird der Anteil an Teilzeitschülern größer, da die Lehrstellen wieder ausreichen.
- Ab dem nächsten Jahr wird es auch an den beruflichen Schulen den Ergänzungsbereich geben.
- Der Rückgang der Schülerzahlen an beruflichen Gymnasien wird besonders ausgeprägt sein.
- Es ist mit Lehrzeitverkürzung zu rechnen.
- Es ist zu erwarten, dass die auslaufende Regelung zur Altersteilzeit nicht verlängert wird.
- Eine Rückführung zu einem Regelstundenmaß von 24 Stunden ist ausgeschlossen.

In der Diskussion wurde auf den Widerspruch zwischen der gegenwärtig im Durchschnitt etwa 95%igen Unterrichtsgrundversorgung und der im Haushaltsplanentwurf wegen des erwarteten Schülerrückgangs erneut ausgewiesenen Stellenkürzung in Größenordnungen hingewiesen.

Die SMK-Position dazu: „Ein Topf, der später verkleinert werden muss, sollte heute nicht erst voll gestopft werden.“ !!!

Andererseits erwartet man bis 2016 einen Lehrerrückgang von über 40 %. Leider ist zwischen beiden Prozessen eine Phasenverschiebung, die völlig ungelöste Probleme birgt.

Auf die Frage, wie die Attraktivität des Lehrerberufes in Sachsen insbesondere aus der Sicht eines Studenten oder Referendars erhöht werden könnte, gab es leider keine befriedigende Antwort.

Nachdem Herr Hüchelheim sich verabschiedet hatte, fokussierte sich die Diskussion darauf: Was können wir tun, um den von uns an den Schulen erlebten Widerspruch zwischen unvollständiger Unterrichtsgrundversorgung und Stellenabbau zu begründen und auf eine Entspannung der Personalsituation hinzuwirken.

In den letzten Jahren hat die geplante Zahl an Lehrlingen gegenüber den tatsächlichen und die sich daraus ergebende Zahl von benötigten Kollegen nie gestimmt.

Wir vereinbarten, die für diese Fragestellung wichtigen Zahlen von unseren Schulen zusammenzutragen und dem SMK vorzulegen.

Ich hoffe wir können dadurch mithelfen, einige Arbeitsplätze zu erhalten (z. B. befristete Verträge) oder besonders für Fachkollegen Stellenabbau zu verhindern.

Der nächste Stammtisch wird in der zweiten Woche nach den Winterferien, am 4.3.2009 sein.

Die ÖPR-Vorsitzenden sind dazu schon jetzt wieder recht herzlich eingeladen.

Andreas Adler  
Vorsitzender des BV Dresden

**Aus den Fachgruppen:**

---



## **Modellversuch an berufsbildenden Schulen erfolgreich beendet**



Verbesserung der Qualität von Bildung und Erziehung an berufsbildenden Schulen ist ein wesentliches Anliegen sächsischer Bildungspolitik. Für dieses Ziel hat das Kultusministerium vor drei Jahren einen Modellversuch gestartet. Das Projekt wurde zunächst an den drei **Beruflichen Schulzentren Elektrotechnik Leipzig, Gesundheit und Sozialwesen Leipzig** sowie am **BSZ Technik, Wirtschaft und Gesundheit in Oelsnitz/Erzgebirge** durchgeführt. Die TU Dresden übernahm die wissenschaftliche Begleitung. Im Versuch sollten neue Unterrichtsmethoden für das handlungsorientierte, kooperative Lehren und Lernen in gewerblich-technischen sowie sozial-pflegerischen Berufen entwickelt und praxisnah erprobt werden.

Zum Abschluss des bisher einzigartigen sächsischen Modellversuchs haben alle Beteiligten ein durchweg positives Fazit gezogen. Zu den wesentlichsten Ergebnissen gehören vor allem Good-Practice-Beispiele zur Vermittlung von Teamfähigkeit im berufsbezogenen Unterricht. Somit erwerben die Schüler eine grundlegende Schlüsselkompetenz für das spätere Berufsleben. Außerdem wurde ein so genanntes Dokumentationsraster erarbeitet, das die Lehrkräfte nicht nur bei der Dokumentation, sondern auch bei der Planung, Durchführung und Auswertung von Lernsituationen unterstützt. Zudem wurden Instrumente zur Erfassung und Bewertung von Teamfähigkeit bei Schülern entwickelt und erprobt sowie ein Trainerkonzept zum kooperativen Lehren erarbeitet und umgesetzt.

Die Ergebnisse und Erfahrungen aus dem Modellversuch wurden für alle interessierten Lehrkräfte in einer Handreichung zusammengestellt. Diese sowie weitere Informationen zum Modellversuch sind im Internet unter <http://www.kollt-sachsen.de> veröffentlicht.

(Nach einer Pressemeldung des SMK vom 04.09.2008)

---

**Vermeiden Sie unnötige finanzielle Ausgaben für den Verband! Deshalb ...**

**Änderungen bitte an die**

**LVBS-Geschäftsstelle in Sachsen**

per Post: Strehleener Platz 2, 01219 Dresden

per E-Mail: [kontakt@lvbs-sachsen.de](mailto:kontakt@lvbs-sachsen.de)

oder über Ihren Schulgruppenverantwortlichen

Die Geschäftsstelle bittet die LVBS-Mitglieder um rechtzeitige Mitteilung bei:

**Wohnungswechsel**

**Schulwechsel**

**Bankwechsel**

**Statuswechsel**

Wir freuen uns auf Ihre Veränderungsanzeige.

---

## *Zum Jahreswechsel*

Liebe Mitglieder des LVBS Sachsen,  
im Namen des Landesvorstandes  
wünsche ich Ihnen und Ihren Familien  
ein erholsames und besinnliches  
Weihnachtsfest sowie ein friedvolles  
und glückliches neues Jahr 2009  
bei guter Gesundheit.



Ihr

**Reinhard Plicka**

Landesvorsitzender

## **So ist das mit dem Weihnachtsmann**

Lieber guter Weihnachtsmann,  
jetzt ist's so weit, jetzt bist du dran.  
Mein Chef ist nämlich Rechtsanwalt.  
Der klagt dich an, der stellt dich kalt.

Schon seit vielen hundert Jahren  
bist du nun durchs Land gefahren,  
ohne Nummernschild und Licht.  
Auch TÜV und ASU gab es nicht.

Dein Schlitten eignet sich nur schwer  
zur Teilnahme am Luftverkehr.  
Es wird vor Gericht zu klären sein:  
Besitzt du ´nen Pilotenschein?

Durch den Kamin ins Haus zu kommen,  
ist rein rechtlich streng genommen  
Hausfriedensbruch - Einbruch sogar.  
Das gibt Gefängnis, das ist klar.

Und stiehlt du nicht bei den Besuchen  
von fremden Tellern Obst und Kuchen?  
Das wird bestraft, das muss man ahnden.  
Die Polizei lässt nach dir fahnden.

Es ist auch allgemein bekannt,  
du kommst gar nicht aus diesem Land.  
Wie man so hört, steht wohl dein Haus  
am Nordpol, also sieht es aus,  
als kämst du nicht aus der EU.  
Das kommt zur Klageschrift dazu!

Hier kommt das Deutsche Recht zum Tragen.  
Ein jeder Richter wird sich fragen,  
ob deine Arbeit rechtens ist,  
weil du ohne Erlaubnis bist.

Der Engel, der dich stets begleitet,  
ist minderjährig und bereitet  
uns daher wirklich Kopfzerbrechen.  
Das Jugendamt will mit dir sprechen!

Jetzt kommen wir zu ernstesten Sachen.  
Wir finden es gar nicht zum Lachen,  
dass Kindern du mit Schlägen drohst.  
darüber ist mein Chef erbost.

Nötigung heißt das Vergehen  
und wird bestraft, das wirst du sehen,  
mit Freiheitsentzug von ein paar Jahren.  
Aus ist's bald mit dem Schlittensfahren.

Das Handwerk ist dir bald gelegt,  
es sei denn, dieser Brief bewegt  
dich, die Kanzlei reich zu beschenken.  
Dann wird mein Chef es überdenken

*(Verfasser unbekannt)*

---

# Tarifverhandlungen im Jahr 2009

---

Dieser Beitrag geht auf den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L), einige Überleitungsvorschriften und die bevorstehenden Tarifverhandlungen zur Höhe der Entgelte ein.

Mit der Einigung auf den TV-L gelang es aus Gewerkschaftssicht

- den Flächentarifvertrag zu sichern
- das Tarifwerk zu modernisieren
- einen materiell tragfähigen Kompromiss zu erreichen
- die Angleichung des Ost- an das Westentgelt in den Jahren 2008 und 2010 beizubehalten.
- das Leistungsprinzip zu betonen

Der TVÜ-L sieht eine verlustlose betragsmäßige Überleitung aus den Vergütungsgruppen nach BAT/BAT-O zu den neuen Entgeltgruppen vor. Die dabei entstandenen individuellen Zwischenstufen (das ausgezahlte Entgelt kann in der Entgeltgruppe keiner Stufe zugeordnet werden) werden am 1. November 2008 in die nächsthöhere Stufe überführt.

Allerdings ist im TV-L der §12 – Eingruppierung noch offen. Darüber müssen die Tarifvertragsparteien Verhandlungen führen. Die neue Entgeltordnung soll die Vergütungsgruppen nach BAT/BAT-O ablösen. Der Arbeitnehmer wird dann mit seiner Einstellung direkt einer passenden Entgeltgruppe und Stufe zugeordnet. Die dbb tarifunion diskutiert ihre Forderungen und hat auch ihre Mitgliedsgewerkschaften aufgefordert ihre Forderungen einzubringen. Ziel muss mindestens sein, eine Schlechterstellung zu vermeiden. Sollten bis zum 30. Juni 2009 keine Ergebnisse vorliegen, dann wird über die Verwendung von Bestimmungen des TVÜ-L verhandelt.

Die zurzeit geltende Entgelttabelle des TV-L kann zum 31. Dezember 2008 gekündigt werden.

Im Bereich Bund und Kommunen (TVöD) sind diese Verhandlungen schon geführt worden. Nach zähem Ringen wurde ein Tarifabschluss in Höhe von 2,9 % erreicht. Die Forderung lag zwar bedeutend höher, das ist aber wohl der Taktik im Arbeitskampf geschuldet. Gegen den Widerstand der Arbeitgeber wurde dann der Abschluss erreicht. Dabei musste auch mit der Ankündigung von Streiks gearbeitet werden. Dabei bewiesen die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften ihre Fähigkeit und ihre Bereitschaft, Streiks zu organisieren und durchzuführen. Man zeigte, dass man die Drohung "zu streiken" auch wahr machen kann. Mit den machtvollen Warnstreiks wurde entsprechender Druck aufgebaut und es konnte dann eine Einigung erzielt werden.

Für die Beschäftigten im Bereich TV-L stehen im Jahr 2009 diese Tarifverhandlungen an. Dabei wird auch vor uns Lehrern die Frage stehen: Bin ich bereit, wenn es notwendig wird, Druck aufzubauen, mich an Warnstreiks und Streiks zu beteiligen? Die dbb tarifunion stellt uns Informationen zu den Themen Arbeitskampf und Streik zur Verfügung (s. u.). Wer verhandelt auf Seiten der Arbeitnehmer mit den Arbeitgebern (den Ländern)? ver.di stellt drei Vertreter und die dbb tarifunion einen.

Die GEW ist zwar nicht Mitglied in ver.di, hat aber eine Vereinbarung zur Verhandlungsvollmacht, so dass sie vertreten ist.

Der LVBS ist wie viele seiner Partnergewerkschaften im dbb über die dbb tarifunion vertreten. Unser Verhandlungsführer ist Frank Stöhr (1. Vorsitzender der dbb tarifunion).

Wir sind die kleinere Gruppe gegenüber ver.di, müssen und wollen aber trotzdem unseren Part übernehmen. Die Mitglieder von ver.di haben schon oft Beweise für ihre Durchsetzungskraft und Streikfähigkeit geliefert. Sie erwarten das auch von den Lehrern, die oft als zu schwache Gruppe angesehen werden: „Sind die auch mal zum Arbeitskampf bereit?“

Es werden also Erwartungen formuliert. Hinzu kommt, dass die bevorstehenden Verhandlungen nur die Beschäftigten erfassen, die in den Geltungsbereich des TV-L gehören. Es kommt somit tatsächlich auf jeden von uns an. Auch verbeamtete Lehrer können außerhalb ihrer Dienstzeit an Demonstrationen und Kundgebungen teilnehmen. Für sie gilt zwar ein Streikverbot, aber Abschlüsse bei den Angestellten wirken sich auch auf die Beamtenbesoldung aus. Wir müssen Stärke beweisen, wenn wir etwas erreichen wollen.

Unsere Mitglieder in den Schulgruppen sollten sich also beraten und Position beziehen zu der Frage: Nehme(n) ich/wir an Warnstreiks und Streiks teil? Wir sollten nicht erst damit beginnen, wenn die Ausrufung eines Warnstreiks erfolgt ist. Denn so etwas ist nur dann eine Machtdemonstration, wenn sehr viele Beschäftigte daran teilnehmen.

Die dbb tarifunion unterstützt uns vielfältig mit Informationen:

- Streikmappe
- Zeitschrift tacheles
- [www.tarifunion.dbb.de](http://www.tarifunion.dbb.de) (z. B. Kurzinfo 6 – Rechte im Arbeitskampf)

Auch der LVBS-Landesvorstand wird in diesen Informationsfluss einbezogen sein und vielleicht bald die LVBS-Mitglieder diesbezüglich abfragen.

Auch weil die Bundestagswahl im Jahr 2009 stattfindet, erhofft man sich, einen ähnlichen Tarifabschluss wie in Bund und Kommunen zu erreichen. Seien wir bereit, daran mitzuwirken.

Uwe Kirchsclager

---

## Berichte aus den Fachgruppen

### Fachgruppe Lehrerbildung



---

#### Und heute wieder einmal ein paar Informationen zur Lehrerbildung

An den Universitäten in Sachsen, wo bisher unser Nachwuchs für die berufsbildenden Schulen herkam, wurden der Studiengang Wirtschaftspädagogik (Diplom-Handelslehrer) eingestellt. Die Bachelor- bzw. Masterstudiengänge sind eingeführt, geplant oder akkreditiert.

Bei der letzten Sitzung im Lehrerbildungsausschuss beim VLW Bund am 19./20.09.08 in Fulda mussten wir feststellen, dass weiterhin in den verschiedenen Bundesländern diese o. g. Veränderungen unterschiedlich ablaufen. Wie bereits im letzten Bericht dazu informiert wurde, setzen dies die verschiedenen Universitäten auch bei uns in Sachsen unterschiedlich um.

Eine Ermittlung der zu erwartenden Absolventenzahlen für zukünftige Referendare im Lehramt an berufsbildenden Schulen ist aber erst mit einem Abschluss des Masterstudiengangs möglich. Hierauf müssen wir deshalb noch etwas warten. Zu gegebener Zeit werden wir wieder auf diese Thematik zurückkommen.

Auch bei der Ausbildung der Lehramtsanwärter/Studienreferendare sind bundesweit Veränderungen geplant, wobei das Ziel eine Kürzung des Vorbereitungsdienstes sein soll. Dies wird wiederum ganz unterschiedlich in den einzelnen Bundesländern realisiert. Bei den Sitzungen des Ausschusses Lehrerbildung sind aus einzelnen Bundesländern auch Lehrer anwesend, die an den Seminaren mit den Referendaren arbeiten. Insgesamt sehen wir diese Entwicklung als problematisch an. Wir Mitglieder des Lehrerbildungsausschusses kennen aus unserem zum größten Teil langjährigem beruflichen Alltag die umfangreichen unterschiedlichen Aufgaben, die ein Lehrer an berufsbildenden Schulen zu erfüllen hat.

Bei meinem Besuch am 17.09.08 in der Ausbildungsstätte für das Höhere Lehramt an berufsbildenden Schulen in Dresden, Hoyerswerdaer Straße 1, erhielt ich Informationen zum Vorbereitungsdienst 2008/10, wobei vorerst keine Veränderungen geplant sind. Ziele für die Organisation des Vorbereitungsdienstes werden durch die Standards für die Lehrerbildung bestimmt, die ein Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 16.12.2004 sind. Zu entwickelnde Kompetenzbereiche sind: „Unterrichten – Erziehen – Beurteilen – Innovieren“ für die gesamte Ausbildung. Folgende Kompetenzen sollen vertieft und weiter ausgeprägt werden:<sup>1</sup>

- 1) Lehrerinnen und Lehrer planen den Unterricht fach- und sachgerecht und führen ihn sachlich und fachlich korrekt durch.
- 2) Lehrerinnen und Lehrer unterstützen durch die Gestaltung von Lernsituationen das Lernen von Schülerinnen und Schülern. Sie motivieren Schülerinnen und Schüler und befähigen sie, Zusammenhänge herzustellen und Gelerntes zu nutzen.
- 3) Lehrerinnen und Lehrer fördern die Fähigkeiten von Schülerinnen und Schülern zum selbstbestimmten Lernen und Arbeiten.
- 4) Lehrerinnen und Lehrer kennen die sozialen und kulturellen Lebensbedingungen von Schülerinnen und Schülern und nehmen im Rahmen der Schule Einfluss auf deren individuelle Entwicklung.
- 5) Lehrerinnen und Lehrer vermitteln Werte und Normen und unterstützen selbstbestimmtes Urteilen und Handeln von Schülerinnen und Schülern.
- 6) Lehrerinnen und Lehrer finden Lösungsansätze für Schwierigkeiten und Konflikte in Schule und Unterricht.
- 7) Lehrerinnen und Lehrer diagnostizieren Lernvoraussetzungen und Lernprozesse von Schülerinnen und Schülern; sie fördern Schülerinnen und Schüler gezielt und beraten Lernende und deren Eltern.
- 8) Lehrerinnen und Lehrer erfassen Leistungen von Schülerinnen und Schülern auf der Grundlage transparenter Beurteilungsmaßstäbe.
- 9) Lehrerinnen und Lehrer sind sich der besonderen Anforderungen des Lehrerberufs bewusst. Sie verstehen ihren Beruf als ein öffentliches Amt mit besonderer Verantwortung und Verpflichtung.
- 10) Lehrerinnen und Lehrer verstehen ihren Beruf als ständige Lernaufgabe.
- 11) Lehrerinnen und Lehrer beteiligen sich an der Planung und Umsetzung schulischer Projekte und Vorhaben.

<sup>1</sup> Standards für die Lehrerbildung: Bildungswissenschaften; Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 16.12.2004

Der LVBS unterstützte die Ausbildungsstätte für das Höhere Lehramt an berufsbildenden Schulen bei der Herstellung des „Grünen Heftes“, einem Leitfaden für die Organisation und die Inhalte der Lehrerbildung.

Wenn wir erste Ergebnisse aus der zurzeit arbeitenden Projektgruppe zur Kürzung und Modularisierung des Vorbereitungsdienstes erhalten, informieren wir Sie darüber.

Wir sind auch weiterhin an Hinweisen von Mitgliedern unseres Verbandes interessiert und sind gern bereit, Ihre Fragen zu beantworten bzw. weiterzuleiten.

Bis bald! Waltraud Steinhaus (Ausschuss Lehrerbildung)

---

## Berichte aus den Fachgruppen



### Fachgruppe Kaufmännische Berufe

---

## Kaufmännisch glossiert

**„Von Mathematik habe ich keine Ahnung, aber rechnen kann ich noch...!“**

Das als Überschrift gewählte Zitat stammt von Bundesminister a. D. Franz Müntefering auf der 100-Jahr-Feier des Bundesverbandes des VLW im April 2008. Er war als Gastredner in seiner Eigenschaft als gelernter Kaufmann geladen und hielt eine politisch-neutrale, sehr pointierte Rede.

Unsere Schüler müssen ja auch nicht Ahnung von „höherer Mathematik“ haben. – Es würde ja schon reichen, wenn sie 10 % von 56 Euro ohne Taschenrechner rausbekämen. – So gesunken sind unsere Ansprüche. Und so kam mir der Ausspruch des Bundesministers gerade recht: Kurz zuvor durfte ich einem Schüler sehr zeitintensiv erklären, warum 4 % Zinsen von 2500 Euro nicht immer 100 Euro sind... - Da war ja noch was mit „Tagen“ in der Zinsformel. Und als ich dann noch mit Schaltjahren und Valutatagen und drei Zinsmethoden angefangen habe, wurde aus nachvollziehbaren Gründen („Jetzt habe ich aber starke Kopfschmerzen!“) die Nachhilfe in der Mittagspause abgebrochen. – Ach übrigens: Falls es interessieren sollte: Ich unterrichte in der Bankkaufmannausbildung ...

Nun ist das ganz sicher ein Einzelfall in dieser Intensität und nicht wirklich repräsentativ. Dennoch: Sooooo selten ist das gar nicht, dass wir in der kaufmännischen Ausbildung den Dreisatz „neu erfinden müssen“. Geht Ihnen das auch so? – Ging das den Lehrern eines Franz Müntefering damals auch schon so?

Ein Mittel könnte „Qualitätsentwicklung“ sein. Zu diesem Themenkomplex veranstaltete die Stiftung Wirtschaft und Erziehung am 11. April ein Seminar in Karlsruhe. Referenten aus Wirtschaft (Vertreter der LBS Baden-Württemberg) und Bildung (Schulleiter der Wirtschafts- und Kaderschule KV Bern) sprachen zu diesen Themen. – Praktisch – Interessant – Teilweise erstaunlich!

Ein Beispiel: Was sollten Lehrkräfte tun? – Richtig: Unterrichten. – Aber eben nur unterrichten. – Diese Auffassung vertrat der Schulleiter der KV Bern. Und an dieser Einstellung ist ja eigentlich nichts auszusetzen. Und schon gar nicht, wenn wir als Lehrer in Sachsen mal überlegen, was wir alles NEBEN dem Unterrichten tun: Klassenleitertätigkeiten, Fachexkursionsvorbereitungen, Kopieren, ... Alles ist wichtig: In

der o. g. Schule wurde aber Kopierpersonal eingestellt, weil es zu 100 % sichergestellt werden soll, dass sich die Lehrer (fast) ausschließlich ihrer Hauptaufgabe, - dem Unterrichten – widmen können sollen. Die freigewordene Zeit kann für Qualitätsentwicklung (von Lehrern und konzeptionell von Schülern) verwendet werden. Menschen (Auch Lehrer sind Menschen!) müssen sich entwickeln können:

Willst du im laufenden Jahr ein Ergebnis sehen, so säe Samenkörner.

Willst du in 10 Jahren ein Ergebnis sehen, so setze Bäume.

Willst du das ganze Leben lang ein Ergebnis sehen, so entwickle Menschen.

Kuan Chung Tzu

Vielleicht trägt ja Qualitätsentwicklung dazu bei, dass die Schüler zwar nicht mehr Ahnung von Mathematik bekommen, aber wenigstens rechnen können ...

Jens Rösler

## **Die degressive Abschreibung kann man seit 2008 „abschreiben“ ...**

Neben der Abschaffung der Bewertungsfreiheit für die geringwertigen Wirtschaftsgüter (GWG) wurde durch die Unternehmensteuerreform 2008 auch die degressive Abschreibung abgeschafft.

So kann der Unternehmer durch die degressive AfA in nicht unerheblicher Weise am Anfang der Nutzungsdauer Steuern sparen - und oft auch über die ganze Nutzungsdauer, denn gegen Ende der steuerlichen Nutzungszeit gemäß AfA-Tabelle wird der Anlagegegenstand in der Regel eher verkauft, als ihn linear bis zum Schluss abzuschreiben. Die degressive Methode war daher mehr als nur eine Steuerbarwertminimierung, sie war eine Steuertotalwertoptimierung.

Hauptunterschied zur linearen Abschreibung ist, dass die degressive Methode sich nicht auf den Neuwert der Anlage richtet, sondern auf den Restbuchwert. Der abgeschriebene Euro-Betrag sinkt damit mit dem Restwert der Anlage, was dem Verfahren den Namen gibt. Der Maximalsatz, der hierbei zulässig ist, ist im bisherigen § 7 Abs. 2 EStG zweifach definiert, relativ zum linearen AfA-Satz gemäß Steuertabelle und als absolute Obergrenze.

Ein Beispiel: Ein Anlagegegenstand im Neuwert i. H. v. 100.000 Euro und einer Nutzungszeit von 10 Jahren gemäß AfA-Tabelle kann mit 10 % oder 10.000 Euro pro Jahr linear abgeschrieben werden. Wurde die Anlage bis einschließlich 2000 angeschafft, so konnten 30 % p. a. (entspricht maximal dem Dreifachen des vergleichbaren linearen Abschreibungssatzes) oder 30.000 Euro im ersten Jahr degressiv abgeschrieben werden, eine Ersparnis von 20.000 Euro. Bei Anschaffung in den Jahren 2001 bis 2005 beträgt die maximale Abschreibung im ersten Nutzungsjahr nur 20.000 Euro, also nur das Zweifache des linearen Abschreibungswertes. In den Jahren 2006 und 2007 wurde wieder eine Abschreibung von 30.000 Euro im ersten Jahr zugelassen, um dem Mittelstand einen Investitionsanreiz zu geben, denn Mittelständler profitierten am meisten von der degressiven AfA.

WICHTIG ist dabei zu beachten: So, wie im Jahr der Anschaffung begonnen wurde abzuschreiben, so wird die Methode auch (ggf. nach alten Regelungen) fortgeführt! Die bestehenden degressiven Abschreibungspläne für Anlagen, die bis zum 31.12.2007 in Dienst gestellt werden, bleiben also erhalten. Für die Berufsschüler in den jetzigen Jahrgängen kann dies unter Umständen bedeuten, dass in einer Klausur- oder Prüfungsaufgabe bis zu 3 verschiedene Regelungen anzuwenden sein könnten.

Jahr der Anschaffung	Maximal zulässige degressive Abschreibung	
	Relativregel (§ 7 Abs. 2 Satz 2 Teilsatz 2 EStG)	Absolutregel (§ 7 Abs. 2 Satz 2 Teilsatz 3 EStG)
bis einschließlich 2000	3 x lineare AfA	maximal 30 % p.a.
2001 bis 2005	2 x lineare AfA	maximal 20 % p.a.
2006 und 2007	3 x lineare AfA	maximal 30 % p.a.
ab 2008	Abschaffung der degressiven Abschreibung	

Weiterhin werden die Wertgrenzen angehoben, aber zugleich die Abschreibungsregeln verschärft. So wird ab 2008 ein GWG ein Objekt im Bereich von 150 bis 1.000 Euro sein. Erst über 1.000 Euro gilt die AfA-Tabelle. Die Wertgrenze für GWGs sinkt auf netto 150 €. Alle GWGs unterhalb dieses Wertes müssen zukünftig im Anschaffungsjahr vollständig abgeschrieben werden. Poolbildung: Alle beweglichen und abnutzbaren Wirtschaftsgüter mit einem Netto-Anschaffungswert zwischen 150 € und 1000 € werden zukünftig jährlich in einem Pool gesammelt und gemeinsam über fünf Jahre linear abgeschrieben. Dieser Sammelposten umfasst die Summe der Anschaffungen des jeweiligen Jahres und wird bis zu seiner vollständigen Abschreibung aktiviert. Dabei ist es unbedeutend, ob dies der wirtschaftlichen Nutzung einzelner Gegenstände entspricht oder ob der Gegenstand durch Veräußerung oder Abnutzung nicht mehr im Anlagevermögen steht.

Sudokulösung aus LVBS aktuell 09/10 2008 (Seite 5)

4	7	2	9	6	1	8	5	3
8	9	6	5	4	3	2	7	1
3	1	5	2	7	8	6	4	9
7	4	8	3	2	9	1	6	5
2	6	1	8	5	4	3	9	7
9	5	3	7	1	6	4	2	8
6	3	9	4	8	5	7	1	2
1	8	7	6	9	2	5	3	4
5	2	4	1	3	7	9	8	6

<b>Impressum:</b>  	<b>LVBS– Geschäftsstelle in Sachsen</b> Strehleener Platz 2 <b>01219 Dresden</b> ☎/Fax: 0351/473 52 88 (BSZ Elektrotechnik)	<b>E-Mail-Adresse des Verbandes:</b>  <a href="mailto:kontakt@lvbs-sachsen.de">kontakt@lvbs-sachsen.de</a>  <a href="http://www.lvbs-sachsen.de">www.lvbs-sachsen.de</a>	<b>Schriftleitung des LVBS-Sachsen:</b>  am.koehler@freenet.de
			<b>Schriftleitung des Mitteilungsblattes:</b> D. Böttcher

Beachten Sie bitte folgende Termine bei der Zusendung von Artikeln für das LVBS–Mitteilungsblatt:			
	01-02/2009	03-04/2009	05-06/2009
<b>Redaktionsschluss:</b>	28. November 2008	wird nachgereicht	wird nachgereicht